

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Günter Verheugen begrüßt die Fortschritte im Nahost-Friedensprozeß und würdigt das Engagement der USA.

Seite 1

Rolf Linkohr MdEP schätzt die Strahlenverseuchung im Umkreis der russischen Atomanlagen in Tscheljabinsk amster ein, als die in Tschernobyl.

Seite 2

Christa Randzio-Plath MdEP fordert die Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen kleiner und mittlerer Unternehmen im europäischen Markt.

Seite 3

49. Jahrgang / 205

26. Oktober 1994

Weiterer Schritt zur Vollendung des Fundaments Anlässlich der Unterzeichnung des israelisch-jordanischen Friedensvertrags

Von **Günter Verheugen**
Bundesgeschäftsführer der SPD

15 Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Begin und dem ägyptischen Präsidenten Sadat macht Jordanien als zweiter arabischer Staat offiziell seinen Frieden mit Israel. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands begrüßt die Vertragsunterzeichnung zwischen den so lange verfeindeten Nachbarn als einen weiteren wichtigen Schritt zur Vollendung des Fundaments für eine neue Ordnung dauerhaften Friedens und gutnachbarlicher Zusammenarbeit in der ganzen Region.

Für die Israelis hat dieser Vertrag gerade in diesen Tagen eine besondere sicherheitspolitische Bedeutung, weil es mit Jordanien die längste Grenze teilt. Für das in der Folge des Golfkriegs ökonomisch geschwächte Jordanien bietet er die Chance eines wirtschaftlichen Aufschwungs dank größerer Sicherheit und verstärkter Kooperation mit dem Nachbarn.


Nachdrücklich zu würdigen ist das Engagement der Vereinigten Staaten von Amerika, die den nahöstlichen Friedensprozeß nicht nur mit der Konferenz von Madrid 1991 in Gang setzten, sondern trotz großer Schwierigkeiten auch in Gang hielten.

Für eine umfassende nahöstliche Friedensregelung ist nun auch ein Abkommen mit Syrien notwendig, ohne das die erforderliche politische Stabilität in dieser Region fehlt.

(-/26. Oktober 1994/ru/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Presse für Umwelt
mit recyceltem Rohmaterial
Recycle-Paper 

Schlimmer als Tschernobyl
EU-Hilfe zum Beseitigen von Strahlenschäden im Ural

Von Rolf Linkohr MdEP
Forschungs- und energiepolitischer Experte der SPD-Europasabgeordneten

Für ein entschlossenes Handeln der EU und eine schnelle wissenschaftliche Zusammenarbeit zur Beseitigung der Strahlenschäden im südlichen Ural sollte die EU in den nächsten vier Jahren rund 80 Millionen DM zur Verfügung stellen.

Nach einem einwöchigen Informationsbesuch mit einer Expertengruppe der Europäischen Kommission in Majak, dem bis 1991 geheimen Tscheljabinsk-65, müssen wir feststellen, daß die Lage dort viel schlimmer ist als in Tschernobyl. Die 3,5 Millionen Menschen der Region müssen dringend besser geschützt, die ökologischen Dauerschäden wirksam begrenzt werden.

Auf dem Gelände der früher auf keiner Landkarte verzeichneten Stadt mit circa 85.000 Einwohnern ereigneten sich in den letzten vierzig Jahren drei große Atomunfälle. Sie hatten den Austritt radioaktiver Strahlung von etwa einer Milliarde Curie (37 Milliarden Becquerel) zur Folge. Davon sind nach Schätzungen russischer Stellen noch etwa 120 Millionen Curie in natürlichen Gewässern wie Seen, Flüssen und im Grundwasser. Diese Verseuchung stellt alles bisher gekannte in den Schatten und übertrifft sogar die Situation im Gebiet Tschernobyl.

Die über Jahrzehnte gesammelten und erfaßten Daten über die radioaktive Verseuchung des Gebietes Majak sind ein "einmaliges Zahlenmaterial". Es kann - weltweit wissenschaftlich genutzt - erheblich helfen, Strahlenschäden richtig einzuschätzen.

Majak könnte mit seiner Infrastruktur aktuell eine wichtige Rolle bei der weltweiten Beseitigung des Plutoniums aus abgerüsteten Atomwaffen spielen. Ein pragmatischer Weg dahin wäre die Verbrennung des gefährlichen Stoffes in schnellen Reaktoren, was bereits geplant ist. Ebenso könnte man - wenn auch weniger rasch - in einer Fabrik für MOX-Brennelemente das Plutonium in Form von Brennstäben für die weltweit existierenden Leichtwasserreaktoren dem Zugriff von Schmugglern, Abenteurern und potentiellen Atomterroristen entziehen.

Europa sollte - zusammen mit Japan und den USA - mit den Russen über eine derartige Strategie verhandeln. Im Bewußtsein, daß diese Bemühungen angesichts der Vergangenheit der Region zumindest problematisch sind, sollte man sie jedoch Ideologiefrei auf ihren möglichen großen weltweiten Sicherheitsgewinn hin ernsthaft prüfen.

Da Finnland in Majak abgebrannte Kernbrennstoffe wiederaufarbeiten läßt, wird den bevorstehenden EU-Beitritt vorausgesetzt - demnächst zum ersten Mal ein Kernkraftwerk aus dem Bereich des EURATOM-Vertrages außerhalb des dazugehörigen Sicherheitssystems entsorgt. Die jüngste Initiative, in den Nuklearstaaten der GUS eine der EURATOM ähnlich Kontrollrichtung aufzubauen, ist deshalb umso aktueller.

Für das Frühjahr 1995 ist eine entsprechende Konferenz in St. Petersburg mit Vertretern der EU sowie mit den Atomministern der GUS in St. Petersburg in Vorbereitung.

(-/26. Oktober 1994/ru/ks)

Zum integrierten Programm und zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die KMU in der Europäischen Union

Von Christa Randzio-Plath MdEP

Die kleinen und mittleren Unternehmen sind der größte Arbeitgeber in der Europäischen Union. Deswegen sind sie von zentraler Bedeutung bei der Überwindung der Wachstums-, Innovations- und Beschäftigungsschwäche. Gleichzeitig sind sie von der erschreckenden Investitionsschwäche in der Europäischen Union besonders betroffen. Zu recht setzt deshalb das Weißbuch "Wachstum, Wettbewerb, Beschäftigung" auf das Potential dieser Betriebe, um die Wirtschaft in der Europäischen Union wiederzubeleben und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Kleine und mittlere Unternehmen zeigen zunehmendes Interesse an grenzüberschreitender Betätigung innerhalb der Europäischen Union. So sind ihre Exporte in andere Mitgliedstaaten innerhalb der letzten drei Jahre ungefähr doppelt so schnell gestiegen wie ihre Ausfuhren in Drittländer. Das Exportpotential in den europäischen Binnenmarkt ist noch beträchtlich höher. Gerade für diese Gruppe von Betrieben bestehen aber immer noch eine Reihe von Hemmnissen. Konkrete Maßnahmen sind notwendig. Hier setzen zu recht die beiden Mitteilungen der Europäischen Kommission "Integriertes Programm für die KMU und das Handwerk" und "Die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen" an. Europäische Regelungen sind erforderlich, um die noch ungenutzten Möglichkeiten für die kleinen und mittleren Unternehmen zu erschließen und auszuschöpfen. dazu müssen nationale Maßnahmen koordiniert und zielorientierte, gemeinsame Initiativen ergriffen werden. Die kleinen und mittleren Unternehmen müssen über vorhandene Möglichkeiten besser und umfassend informiert werden, die Umsetzung europäischer Richtlinien in nationales Recht darf nicht zu zusätzlichen bürokratischen Belastungen dieser Betriebe führen. Entbürokratisierung ist ein Gebiet. Die Ablösung der Mehrwertsteuerübergangsregelung durch die Einführung des Ursprungslandprinzips ist ebenso dringend erforderlich wie der Abbau der ungerechtfertigten finanziellen, technischen und zeitlichen Belastungen im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr. Der Zugang zu Gemeinschaftsprogrammen muß für kleine und mittlere Unternehmen vereinfacht, der Zugang zu den Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge auf europäischer Ebene muß verbessert werden.

Ein weiteres Problemfeld stellt die Unternehmensfinanzierung für diese Betriebe dar, da die Eigenkapitaldecke "dünn" ist, bei einem relativ hohen Fremdkapitalanteil und insbesondere kurzfristigen Verbindlichkeiten zu ungünstigen Konditionen müssen die kleinen und mittleren Unternehmen im Vergleich zu Großunternehmen hohe Finanzierungskosten tragen. Das Zinsprogramm des Europäischen Investitionsfonds ist ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung der Finanzstrukturen dieser Betriebe und zur Verbesserung des Zugangs zu günstigen Bankkrediten. Ergänzende Regelungen, zum Beispiel wie von der Kommission in der Steuergesetzgebung vorgeschlagen, sind erforderlich.

Kleine und mittlere Unternehmen sind aufgrund ihrer Flexibilität in großem Maße die Innovatoren der Wirtschaft. Sie sind aber nur selten in der Lage, ihre Entwicklungen durch europäische Patente zu schützen. Formaler Aufwand und hohe Kosten sind die wesentlichen Hinderungsgründe. Bei der Anmeldung und Pflege von europäischen Patenten muß deshalb das Verfahren entbürokratisiert, vereinfacht und die Kosten müssen erheblich gesenkt werden. Neben der Förderung der Forschung und Entwicklung neuer Technologien sind für die Beschäftigten kleiner und mittlerer Unternehmen besondere Maßnahmen zur Fortbildung und Weiterqualifizierung zur Anpassung an den industriellen Wandel und neue Erkenntnisse aus Forschung

und Technologie nötig, um die Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe zu erhalten. Hier setzen zu recht die Vorschläge des Europäischen Parlaments an, die Programme Leonardo da Vinci, Sokrates, et cetera besser als bisher zu nutzen, da die kleinen und mittleren Unternehmen nicht in der Lage sind, eine entsprechende Fortbildung und Qualifizierung allein anzubieten.

Auch steuerlich Rahmenbedingungen stören kleine und mittlere Unternehmen in ihrer Wirkungsweise. Gerade weil die Rechtsform der Kapitalgesellschaft für diese Betriebe nicht unbedingt die angemessene Rechtsform ist, dürfen Einzelunternehmen und Personengesellschaften gegenüber Kapitalgesellschaften steuerlich nicht diskriminiert werden. Darüber hinaus sind Regelungen zu treffen, die eine Steuerentlastung für reinvestierte Gewinne vorsehen. Dabei darf eine solche Vergünstigung aber nur gewährt werden, soweit diese reinvestierten Gewinne der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dienen. Investitionen, die zu Rationalisierungsmaßnahmen mit einem Verlust von Arbeitsplätzen führen, müssen von einer Vergünstigung ausgeschlossen werden.

Für viele Unternehmen ist die Altersversorgung ein wichtiges Problem, das nicht erst bei der Übergabe gelöst werden sollte. Auch hier sind europäische Rahmenvorgaben wünschenswert.

Der Fortbestand kleiner und mittlerer Unternehmen ist beim Inhaberwechsel aufgrund von Erbschaft oder Schenkung häufig durch Steuerbelastungen auf nicht realisierte Veräußerungsgewinne gefährdet. Eine europaweite Regelung muß dafür sorgen, solche Gewinne entweder sofort mit einem ermäßigten Steuersatz zu versteuern oder aber erst zum Zeitpunkt der Realisierung der Steuer zu unterwerfen, so daß sie zum Fortbestand von Betrieben und Arbeitsplätzen beitragen kann. Eine Entlastung der Betriebe kann auch dadurch erreicht werden, daß die Ergebnisse von Betriebsstätten und Tochtergesellschaften von kleinen und mittleren Unternehmen nur in dem Mitgliedstaat des Stammunternehmens erfaßt werden. Die steuerlichen Ermittlungsmöglichkeiten für die nationalen Finanzverwaltungen müssen aber entsprechend erweitert werden, damit Steuerhinterziehungen unterbunden werden können. Die Überlegungen zur steuerlichen Begünstigung von Risikokapitalanlagen sind auf dem Hintergrund der Finanzierungskapazitäten der kleinen und mittleren Unternehmen sicherlich berechtigt. Allerdings muß gewährleistet sein, daß Anleger in Risikokapital keine ungerechtfertigten Steuervorteile erzielen können. Denkbar wäre zum Beispiel eine Beschränkung der Abzugsfähigkeit von Verlusten auf die Höhe des investierten Kapitals.

Alle Vorschläge müssen dem Ziel dienen, die Beschäftigung in der Europäischen Union zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Deswegen muß die Definition, welche Unternehmen zu den kleinen und mittleren gehören, überdacht werden. Solange die Definition auf die Zahl der Beschäftigten abstellt, besteht im oberen Grenzbereich die Gefahr, daß beschäftigungsfördernde Vorhaben unterbleiben, um die den kleinen und mittleren Unternehmen gewährten Vergünstigungen nicht zu verlieren.

(-/26. Oktober 1994/ru/ks)
